

Unabhängiger Monitoringausschuss  
zur Umsetzung der UN-Konvention über die  
**Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
**MonitoringAusschuss.at**

**BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1**  
**16.05.2013 13:00 bis 16:00 Uhr**

**Vorsitz:** Marianne Schulze

**Mitglieder des Ausschusses:**

*VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Martin Ladstätter  
Erich Schmid  
Marianne Schulze

*Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:*

Gunther Trübswasser

*Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:*

Johannes Trimmel

*Vertreter der wissenschaftlichen Lehre:*

Wolfgang Nowak

**Ersatzmitglieder des Ausschusses:**

*VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Silvia Weissenberg  
Florian Wibmer

**Büro:** Waltraud Palank-Ennsmann

Wolfgang Iser

**BSB:** entschuldigt

**Zeitweise anwesend:**

**BMG:** Gerhard Aigner  
Josef Baumgartner (TOP 8)

**Gebärdensprachdolmetscherinnen:**

Eva Böhm  
Patricia Brück

## **Resümeeprotokoll**

Tagesordnung und Entwurf des Protokolls der vorletzten Sitzung liegen vor; weiters Entwürfe zu Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen (Erwachsenen-Schutzgesetz, Adoptionsrechts-Änderungsgesetz, Berufsrechts-Änderungsgesetz sowie die Skizze zur Stellungnahme zur Gesundheitsversorgung.

### **1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird beschlossen.

### **2. Protokoll der Sitzung vom 2. April**

Das Protokoll wird beschlossen.

### **3. Protokoll der Sitzung vom 23. April – Bestätigung Umlaufbeschluss**

Die im Umlaufwege erfolgte Beschlussfassung wird hiemit protokolliert, ebenso ein Änderungswunsch eines Teilnehmers.

### **4. Stellungnahme Hochschulgesetz – Bestätigung Umlaufbeschluss**

Die im Umlaufwege erfolgte Beschlussfassung wird hiemit protokolliert.

### **5. Stellungnahme Opferschutz – Bestätigung Umlaufbeschluss**

Die im Umlaufwege erfolgte Beschlussfassung wird hiemit protokolliert.

### **6. Reflexion öffentliche Sitzung 23. April**

Die Anwesenden kommen überein, dass die öffentliche Sitzung in Salzburg hervorragend abgelaufen ist. Herausragend waren die Themenvielfalt und die starken Stimmen der Selbstvertreter/innen. Die Frage der Einbeziehung von politischen EntscheidungsträgerInnen, sowie die stärkere Involvierung der Ausschussmitglieder sollen bei der Planung der nächsten Sitzung berücksichtigt werden.

Die Anwesenheit von Ron McCallum, Berichterstatter des Fachausschusses zur Konvention bei den Vereinten Nationen in Genf wurde als starkes unterstützendes Signal empfunden.

### **7. Nächste Schritte Stellungnahme „Gesundheitsversorgung“**

Die Stellungnahme soll umfassend sein und dabei die verschiedenen Zielgruppen gleichermaßen im Auge haben (Selbstvertreter/innen, Lobbys, Gesetzgeber). Die Vorsitzende wird an der Struktur weiterarbeiten, die (Ersatz-)Mitglieder sind eingeladen, sich an der Ausarbeitung zu beteiligen.

### **8. Gespräch mit Gesundheitsministerium**

Die Vertreter des BMG seien mit dem Ausschuss und seiner Tätigkeit vertraut, es folgt eine kurze Vorstellungsrunde. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Thema Gesundheitsversorgung noch viel an Bewusstseinsbildung zu leisten sei.

Herr Aigner sieht zwei Bereiche mit großem Handlungsbedarf, einerseits die bauliche Barrierefreiheit von Arztpraxen, andererseits die Gebärdensprachdolmetschung bei ärztlichen Konsultationen.

Herr Baumgartner weist darauf hin, dass viele Probleme der sozialen Absicherung im Zusammenhang mit der Mindestsicherung außerhalb des Einflussbereichs des BMG seien. Der Ausschuss weist auf die praktischen Schwierigkeiten des Nichtversichertseins bei offenen Verlängerungsanträgen auf Mindestsicherung hin.

Die Vorsitzende betont die Multidimensionalität von Barrierefreiheit, im Zusammenhang mit Menschen mit Lernschwierigkeiten seien es auch soziale und kommunikative Barrieren.

Das BMG weist darauf hin, dass die Ausbildungsgesetzgebung für medizinische Berufe weitgehend Bundeskompetenz sei und hier sowohl bei der Ausbildung selbst als auch bei der Fortbildung Steuerungsmöglichkeiten bestünden. Bei Beipacktexten für Medikamente sehe man wenig Spielraum, weil diese EU-rechtlich sehr eng geregelt seien und internationale Konzernmütter auch aus haftungsrechtlichen Gründen oft eine Vielzahl an Hinweisen hineinreklamieren würden.

Die Überprüfung der Qualität der Ordinationsstätten liege bei der der Ärztekammer zuzuordnenden und im übertragenen Wirkungsbereich agierenden Österreichische Gesellschaft für Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in der Medizin GmbH (ÖQMed), der das BMG Vorgaben machen kann. Hier würde das BMG um eine kurze schriftliche Aufforderung des Ausschusses ersuchen.

Die Vorsitzende weist auf die Wichtigkeit des Sozialen Modells in der Sichtweise von Behinderung hin. Das überwiegend medizinische Modell von Behinderung führe zu Problemen bei Habilitation, Rehabilitation und Hilfsmittelversorgung. Das BMG weist auf die Schwierigkeiten der Abgrenzung von medizinischer und sozialer Rehabilitation hin, dies auch vor dem Hintergrund von Föderalismus und Selbstverwaltung. Gerade in der Hilfsmittelversorgung sei vieles durch Kassensatzung geregelt, worauf das BMG, solange diese rechtskonform seien, keinen Einfluss habe.

## **9. Genf: Themenliste, Daten für Dialog (2. & 3. September), Teilnahme Monitoringausschuss**

Der Dialog werde am 2./3. September stattfinden. Die Vorsitzende und ein noch zu bestimmendes weiteres Mitglied des Ausschusses werden teilnehmen. Einige Mitglieder des Ausschusses sind auch – aber in der Rolle als NGO-Vertreter/innen – vor Ort.

## **10. Öffentliche Sitzung im Herbst: Datum, Thema & Ort**

Als mögliche Themen der nächsten öffentlichen Sitzung wären denkbar:

Empfehlungen des Artikel 34-Organs (internationaler Monitoringausschuss in Genf nach der Staatenprüfung Österreichs im September)

De-Institutionalisierung (Heime, Großeinrichtungen)

Mobilität

Zusammenarbeit mit den Kommissionen der Volksanwaltschaft (Gewaltschutz)

Die Anwesenden stellen eine deutliche Präferenz zu den Empfehlungen des Genfer Ausschusses fest.

Voraussichtlicher Sitzungstermin ist der 05.11.13 (Ersatz 07.11.13), voraussichtlich im großen Sitzungssaal des BMG. Das Büro wird zur Sicherheit reservieren.

Für die Herbstsitzung sollte auch wieder eine Koordination mit den Länderstellen (Behindertenanwälte, Überwachungsorgane) ins Auge gefasst werden.

## 11. Novellen im Mai

1. Haager Übereinkommen, AußerstreitG – 21. Mai
2. Adoptionsrecht, ABGB – 21. Mai
3. BerufsrechtsänderungsG – 21. Mai
4. ArbeitsrechtsänderungsG – 24. Mai
5. SchülerbeihilfenG – 28. Mai
6. SchulbehördenG – 28. Mai

Die ersten drei Punkte werden anhand der Skizzen diskutiert, die Vorsitzende werde sie bis Dienstag finalisieren. Für die weiteren Vorhaben werde es in der kommenden Woche Entwürfe geben.

## 12. Offene Themen & Stellungnahmen

7. Wahlrecht, barrierefrei
8. Elternberatungsmöglichkeiten
9. Finanzierung/Etablierung von Selbstvertretung
10. Barrierefreies Budget, Wirkungsfolgenabschätzung
11. Recht auf Kultur
12. „Netzbetten“

Zum Thema Wahlrecht werden Ladstätter, Trübswasser, Weissenberg und Trimmel einen Entwurf ausarbeiten.

## 13. Stellungnahme barrierefreies Wohnen

Die Stellungnahme soll weiter entwickelt werden; Herr Ladstätter wird hier einen Beitrag liefern, insbesondere zur Abgrenzung von barrierefrei und „behinderten-gerecht“.

## 14. Information: Vorbereitung der Arbeitsgruppe im Justizministerium zu Unterstützter Entscheidungsfindung am 8. Mai

Die Vorsitzende informiert über ihre Teilnahme. Insbesondere sei bei den Ländern noch nicht angekommen, dass der sozialarbeiterische Aspekt von Unterstützter Entscheidungsfindung in ihrem Kompetenzbereich einen Handlungsbedarf erzeugt.

## 15. Information: Enquete zu Menschen mit Behinderungen in juristischen Berufen am 3. Mai

An dieser Veranstaltung hätten Vertreter/innen aller Rechtsberufe teilgenommen. Es sei noch viel Bewusstseinsbildung zu leisten.

## 16. Nächste Termine:

Mittwoch, 12. Juni 2013, 13:00 – 16:00 Uhr, BMASK, Saal IV

Montag, 1. Juli 2013, 14:00 – 16:30, BMASK, Saal IV

**17. Allfälliges**

Das Büro bedankt sich für die tatkräftige Unterstützung insbesondere der Vorsitzenden sowie von Frau Mang und Frau Wurzinger bei der Erstellung des Protokolls der öffentlichen Sitzung.

Marianne Schulze  
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg  
(Schriftführerin)